

Timeline Wolf seit Juli 2022

Datum	Sachverhalt	Nachweis
Juli 2022	Vermehrte „Wolfsaktivitäten“ im Landkreis Wittmund und erstmals festgestelltes Wolfsrudel im Landkreis (Rudel Friedeburg). Von Juli bis November insgesamt acht Rissereignisse im Landkreis Wittmund.	Umweltkarten Niedersachsen
14.09.2022	Entnahmegenehmigung durch das NLWKN für das Rudel Friedeburg	www.nwzonline.de
27.10.2022	Das Verwaltungsgericht Oldenburg kippt die Entnahmegenehmigung	Eilantrag gegen Genehmigung der Tötung von Wölfen aus dem Rudel "Friedeburg" hat Erfolg Verwaltungsgericht Oldenburg (niedersachsen.de)
Oktober 2022	Das Land legt Beschwerde gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts ein (Minister Lies)	Gericht kippt Abschussgenehmigung für Friedeburger Wolf NDR.de - Nachrichten - Niedersachsen
23.11.2022	Das Land nimmt die Beschwerde gegen das Urteil zurück (Minister Meyer). Grund: <i>„Wie ein Sprecher des Umweltministeriums gegenüber der dpa mitteilt, habe man sich zur Rücknahme der Beschwerde entschlossen, da es "unterschiedliche juristische Sichtweisen zur Auslegung des EU-Rechts gebe." Stattdessen setze man auf einen Dialog mit betroffenen Verbänden.“</i>	Beschluss rechtskräftig: Kein Abschuss von Friedeburger Wolf NDR.de - Nachrichten - Niedersachsen - Studio Oldenburg
08.12.2022	Der Kreistag verabschiedet mehrheitlich die Resolution des Landkreises Wittmund zum Wolf	Entscheidung zum Wolf: Landkreis Wittmund verabschiedet Resolution (nwzonline.de)
Januar bis März 2023	Wolfsrisse im Landkreis Wittmund lassen nicht nach – insgesamt fünf Rissereignisse	Umweltkarten Niedersachsen
29.06.2023	Ministerpräsident Stephan Weil macht das Thema zur „Chefsache“	Weil: Zahl der Wölfe in Küstenregionen "wesentlich reduzieren" NDR.de - Nachrichten - Niedersachsen - Studio Hannover
18.07.2023	Schreiben von Landrat Heymann an Minister Meyer: Kritik an der Zuständigkeitsverlagerung, Bitte um Unterstützung, Kritik an Rücknahme der Beschwerde gegen das VG Urteil. Außerdem: Erneute Übersendung der Resolution des Kreistages.	Schreiben von LR Heymann an Minister Meyer

17.08.2023	Antwortschreiben von Minister Meyer: An Zuständigkeitsverlagerung zum Landkreis wird festgehalten, Unterstützung wird angeboten, Voraussetzungen für eine Entnahme liegen aufgrund von EU Regelungen nicht vor. Keine Reaktion auf die Resolution.	Schreiben von Minister Meyer an LR Heymann
12.10.2023	Bundesumweltministerin Lemke will schnellere Abschüsse ermöglichen. Minister Meyer sagt: <i>"Ein einstimmiger Beschluss der Umweltministerkonferenz für dieses Verfahren und dann werden wir das so schnell wie möglich auch in Niedersachsen in die Praxis umsetzen und dann auch realisieren"</i>	Umweltministerin Lemke will schnellen Abschuss von Wölfen erleichtern NDR.de - Nachrichten - NDR Info
19.10.2023	Erneuter Riss in der Gemeinde Friedeburg: Anfrage von KTA Grüßing und daraufhin ausführliche Erläuterung der Sach- und Rechtslage an die Kreispolitik.	Anfrage von KTA Grüßing vom 22.10.2023 Mail von LR Heymann an KTA Grüßing vom 25.10.2023
01.12.2023	Die Umweltministerkonferenz beschließt die neue Abschussregelung für Wölfe und Minister Meyer kündigt an: <i>„Um erheblichen Schäden von Nutztieren abzuwehren, werden wir die neue Regelung wahrscheinlich als erstes Bundesland in die Praxis bringen und schnell umsetzen.“ Er kündigte bei NDR Niedersachsen an, das Ziel der Landesregierung sei es, die Regelung bereits Anfang kommenden Jahres umzusetzen.</i>	Minister Meyer begrüßt Ergebnisse der Umweltministerkonferenz: „Endlich Einigung auf einfache und schnellere Abschüsse von Wölfen bei Nutztierissen“ Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (niedersachsen.de) Länder dürfen künftig Abschuss-Gebiete für Wölfe ausweisen NDR.de - Nachrichten - Niedersachsen
12.02.2024	Pressekonferenz von Minister Meyer: <i>„Das Land Niedersachsen will diese Pläne nun in eine Verordnung gießen. Darin soll eine Gebietskulisse mit Regionen ausgewiesen werden, in denen Wölfe schneller und leichter abgeschossen werden können. Diese Regionen sollen "Graue Gebiete" genannt werden. Die Verordnung muss in den nächsten Monaten erarbeitet und mit den Verbänden abgestimmt werden. Laut Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer (Grüne) soll sie dann im Sommer in Kraft treten.“</i> Außerdem wurde angekündigt: <i>„Bevor die offizielle Verordnung im Sommer in Kraft tritt, will das Land schon bald mit Probeabschüssen starten, erste Gebiete sollen festgelegt werden. Meyer sieht dafür unter anderem den Küstenbereich vor. So habe es im Bereich Cuxhaven in den letzten</i>	Wölfe: Wie Niedersachsen Abschuss-Gebiete ausweisen will NDR.de - Nachrichten - Niedersachsen

	<i>neun Monaten entsprechende Vorfälle gegeben. Die Landesregierung will sich anfangs vor allem auf Deichregionen und Gebiete mit viel Rinderhaltung konzentrieren.“</i>	
01.03.2024+ 02.03.2024	Riss von Deichschafen im Landkreis Wittmund – hohe Wahrscheinlichkeit, dass es sich um einen Wolfsriss handelt.	Bensersiel: Schaf auf Deich gerissen – Wolfsriss vermutet (nwzonline.de) Schafsriss: Weitere Tötung in Werdum (Samtgemeinde Esens) (nwzonline.de)
25.03.2024	Das MU kündigt an, erstmalig eine Ausnahmegenehmigung nach dem Schnellabschussverfahren in der Region Hannover zu erteilen.	Minister Meyer: „Land führt erstmalig Wolfsentnahme nach dem neuen Schnellabschussverfahren durch“ Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (niedersachsen.de)
02.04.2024	Das OVG Lüneburg lehnt den Erlass einer Zwischenverfügung (eines sog. Hängebeschlusses) ebenso wie das VG Oldenburg ab. Ziel der Umweltvereinigung war es, noch vor der Eilentscheidung des VG Oldenburg einen Beschluss zu Aussetzung der Ausnahmegenehmigung zu erwirken. Die Rechtmäßigkeit des Schnellabschussverfahrens spielte bei der Entscheidung keine Rolle.	Ausnahmegenehmigung zur zielgerichteten letalen Entnahme eines Wolfes weiter vollziehbar Nds. Oberverwaltungsgericht (niedersachsen.de)
05.04.2024	Das VG Oldenburg entscheidet, dass sich die angefochtene Ausnahmegenehmigung bei summarischer Prüfung der Sach- und Rechtslage voraussichtlich als rechtswidrig erweist. Unter anderem sagt das VG: <i>„Die Kammer vermag das auf den Ergebnissen der 101. Umweltministerkonferenz vom 1. Dezember 2023 beruhende und in der Ausnahmegenehmigung dargelegte Normverständnis des Antragsgegners hinsichtlich der Vorschriften der §§ 45 Abs. 7 Satz 1 Nr. 1 und 45a Abs. 2 BNatSchG nicht zu teilen.“</i> <i>„Eine erweiternde Auslegung des Anwendungsbereiches des § 45 Abs. 7 Satz 1 BNatSchG im Wege eines politischen Beschlusses zur Einführung eines „Schnellabschussverfahrens“ verbietet sich aus den genannten Gründen. Vielmehr bedarf es nach Ansicht der Kammer hierfür einer Änderung der gesetzlichen Bestimmungen des BNatSchG.“</i>	VG Oldenburg gibt Eilantrag gegen Ausnahmegenehmigung für die zielgerichtete letale Entnahme eines Individuums der streng geschützten Tierart Wolf (Canis lupus) statt Verwaltungsgericht Oldenburg (niedersachsen.de)

12.04.2024	Das OVG Lüneburg entscheidet aufgrund der Eilbedürftigkeit in einem sog. Tenorbeschluss (d.h. die Begründung liegt noch nicht vor), dass das VG Oldenburg richtig entschieden hat.	Beschwerden gegen die gerichtliche Untersagung des Vollzugs der Ausnahmegenehmigung zur zielgerichteten letalen Entnahme eines Wolfes erfolglos Nds. Oberverwaltungsgericht (niedersachsen.de)
22.04.2024	Auf Einladung von Landrat Heiko Blume (Landkreis Uelzen) haben elf Landkreise aus Regionen mit einer besonders hohen Wolfspopulation heute mit Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer über das Wolfsmanagement gesprochen und Resolutionen überreicht.	Niedersächsische Landkreise fordern statt Lippenbekenntnissen effektive Maßnahmen zum Wolfsmanagement - NLT
06.05.2024	In der Pressemitteilung zur Entscheidung vom 12.04.2024 verweist das OVG, im Widerspruch zum VG, ausdrücklich darauf hin, dass das „Schnellabschussverfahren“ per se nicht als rechtswidrig anzusehen ist. Die Rechtswidrigkeit der Entnahmegenehmigung ergibt sich viel mehr aus Verfahrens- und Ermessensfehlern in der Begründung des Bescheides des NLWKN. <i>„Das von der Umweltministerkonferenz verabredete und vom NLWKN mit dem Bescheid praktizierte „Schnellabschussverfahren“, das die Tötung eines Wolfs innerhalb von drei Wochen nach dem letzten Weidetierriß in einem Radius von 1 km um den Ort dieses Nutztierschadens ohne genetische Identifizierung des Wolfs vorsehe, verstoße nicht generell gegen geltendes Naturschutzrecht.“</i>	Ausnahmegenehmigung zur zielgerichteten letalen Entnahme eines Wolfs war rechtswidrig Nds. Oberverwaltungsgericht (niedersachsen.de)
06.05.2024	Das Umweltministerium erklärt, dass der Beschluss des OVG Lüneburg geprüft und mit den anderen Bundesländern sowie dem Bund ausgewertet wird.	OVG Lüneburg bestätigt Schnellabschussverfahren im Grundsatz Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (niedersachsen.de)
07.05.2024	Der 19-Seitige Beschluss des OVG ist veröffentlicht und führt aus, dass die Verfügung des NLWKN formell und materiell rechtswidrig ist. Wie bereits in der Pressemitteilung zu erkennen, stellt das OVG zwar klar, dass das Schnellabschussverfahren nicht grundsätzlich gegen geltendes Recht verstößt. Jedoch die Anforderungen an einen derartigen Bescheid deutlich höher anzusetzen sind, als bisher im Bescheid des Landes ausgeführt. Insbesondere der (bisher nicht benötigte) Grundschutz bei Rindern und Pferden wurde vom OVG thematisiert.	OVG Niedersachsen, 12.04.2024 - 4 ME 73/24 - Streit um artenschutzrechtliche Ausnahmeregelung zur Tötung eines Wolfs; Anforderungen an das Absehen von einer Beteiligung von auf Landesebene anerkannten Naturschutzverbänden durch Allgemeinverfügung Niedersächsisches Vorschrifteninformationssystem (NI-VORIS) (wolterskluer-online.de)

30.05.2024	Der Landkreis Stade hat eine Ausnahmegenehmigung zur Entnahme eines so genannten Problemwolfes veröffentlicht, die nach einer Frist von einer Woche (07.06.2024) in Kraft tritt. Im Gegensatz zur vorherigen Genehmigung des Landes aus März 2024, handelt es sich hierbei nicht um eine Entnahme nach dem sogenannten Schnellabschussverfahren. Vielmehr wird hier wieder auf die Entnahme eines einzelnen Wolfes abgezielt, welcher innerhalb kürzester Zeit (09.03. sowie 24.04.2024) Rissvorfälle im Landkreis Stade verursacht hatte. Das besondere außerdem: In diesem Fall gehe es nicht nur um den Schutz der Nutztiere, sondern auch um eine Gefährdung der für den Hochwasser- und Küstenschutz notwendigen Deichpflege.	Minister Meyer: „Unterstützen Landkreis Stade bei geplanter Wolfsentnahme am Elbdeich“ Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (niedersachsen.de) 13-Seitiger Bescheid des Landkreis Stade
06.06.2024	Das Verwaltungsgericht Stade stoppt per Hängebeschluss zunächst die Entnahme des Wolfes. Das Inkrafttreten des Bescheides wurde damit zurückgestellt, bis über die Rechtmäßigkeit im Eilverfahren entschieden wurde.	Wolfsfreunde aus Wolfsburg ziehen vor Gericht: Verwaltungsgericht Stade stoppt Abschussgenehmigung für den Altländer Problemwolf - Stade (kreiszeitung-wochenblatt.de)
08.06.2024	Auf der Umweltministerkonferenz in Rheinland-Pfalz einigen sich die Minister darüber, dass der zentrale Praxisleitfaden zur Wolfsentnahme bis August überarbeitet werden soll. Grund hierfür ist das Urteil des OVG Lüneburg. Außerdem wird eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes bei Bedarf in Aussicht gestellt: <i>„Sollte auch ein ergänzter Praxisleitfaden nicht rechtssicher angewandt werden, wird der Bund notwendige Rechtsänderungen unter Ausschöpfung des FFH-Rahmens identifizieren.“</i>	Länder machen sich für bessere Finanzierung des Hochwasserschutzes stark . Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität des Landes Rheinland-Pfalz (rlp.de)
10.06.2024	Das Verwaltungsgericht Lüneburg stellt fest, dass es keinen Anspruch einer Naturschutzorganisation auf aktive Übermittlung von erteilten Ausnahmegenehmigungen vom Tötungsverbot für Wölfe gibt.	Kein Anspruch des NABU auf aktive Übermittlung von erteilten Ausnahmegenehmigungen vom Tötungsverbot für Wölfe Verwaltungsgericht Lüneburg (niedersachsen.de)
27.06.2024	Das Verwaltungsgericht Stade hat im vom Freundeskreis freilebender Wölfe angestregten Eilverfahren um eine Abschussgenehmigung für einen Wolf im Alten Land die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs wiederhergestellt. Das heißt: Weiterhin ist der Abschuss nicht erlaubt. Der Landkreis Stade hat bereits angekündigt Rechtsmittel gegen diese Entscheidung einzulegen und auch das Hauptsacheverfahren streitig zu führen.	Problemwolf im Alten Land: Juristisches Tauziehen um Abschussgenehmigung geht weiter Landkreis Stade (landkreis-stade.de)

	Landrat Seefried führt aus: „ <i>Es ist schon erschreckend, dass die Bedeutung der Schafhaltung für die Deichunterhaltung und den Küstenschutz durch die Wolfsfreunde so verkannt und untergeordnet wird</i> “, sagt der Landrat.“	
03.07.2024	Der Dialog zum Umgang mit dem Wolf wurde wiederaufgenommen. Teilnehmer sind neben dem Land Niedersachsen durch das MU und das ML weiterhin das Aktionsbündnis aktives Wolfsmanagement sowie Naturschutzverbände, Vertreter aus der Wissenschaft, die zuständigen kommunalen Behörden und weitere betroffene Organisationen/Verbände. Umweltminister Meyer kündigte an: „Unser Ziel ist es, dass wir spätestens im Herbst wieder Schnellabschüsse machen“ Außerdem sollen zukünftig auch die Halter von Rindern und sollen beim Bau von Zäunen gefördert werden (<i>Reaktion auf den Beschluss des OVG Lüneburg - in der Tabelle am 07.05.2024 vermerkt</i>).	Dialog zum Umgang mit dem Wolf wieder aufgenommen (faz.net)
04.07.2024	Der Landkreis Aurich erteilt eine Ausnahmegenehmigung zur Wolfsentnahme nach dem „Schnellabschussverfahren“.	Bescheid des Landkreises Aurich Wolf in Ostfriesland nach Angriffen auf Schafe zum Abschuss freigegeben – neue Herausforderung für Jäger (nwzonline.de)
05.07.2024	Wolfsschützer stellen einen Eilantrag an das Verwaltungsgericht Oldenburg. Bis zur gerichtlichen Entscheidung über den Eilantrag sagt der Landkreis Aurich zu, keine Vollstreckungsmaßnahmen durchzuführen.	Wolf in Ostfriesland: Wolfsschützer stellen Eilantrag gegen Abschussgenehmigung für Neßmersiel (nwzonline.de)
11.07.2024	Das Verwaltungsgericht gibt dem Antrag des Freundeskreises freilebender Wölfe e.V. statt. Nach Auffassung des Gerichts liegen die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 45 Abs. 7 Satz 1 BNatSchG, der als Ausnahmegenehmigung vom allgemeinen artenschutzrechtlichen Tötungsverbot streng geschützter Tierarten aus § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ausulegen ist, nach summarischer Prüfung nicht vor. Der Landkreis Aurich hat Beschwerde gegen die Entscheidung des VG eingelegt.	Verwaltungsgericht Oldenburg gibt Eilantrag gegen die Ausnahmegenehmigung für die Entnahme eines Wolfes im Landkreis Aurich statt Verwaltungsgericht Oldenburg (niedersachsen.de)
11.07.2024	Der Europäische Gerichtshof hat in einem Urteil nochmals bekräftigt, dass ohne Absenkung des Schutzstatus auf europäischer Ebene, sehr hohe Anforderungen an eine Entnahme zu stellen sind. Das Erfordernis einer grenzüberschreitenden Bewertung des Erhaltungszustandes und die detaillierte Prüfung von Alternativmaßnahmen dürfte die Umsetzung von Entnahmen in der Praxis erschweren.	Das Wolfsjagdverbot in Österreich ist gültig (europa.eu) Europäischer Gerichtshof legt Grundsätze für Abschuss von Wölfen fest tagesschau.de

	Diese Entscheidung zeigt, dass ohne Änderung des rechtlichen Rahmens ein regionales Bestandsmanagement des Wolfes nicht möglich sein wird. Zudem kann wohl konstatiert werden, dass die niedersächsische Verwaltungsgerichtsbarkeit in ihrer Strenge in Sachen Wolf auf der Linie des EuGH liegt.	
19.07.2024	Das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg bestätigt die Auffassung des VG Oldenburg und weist die Beschwerde des Landkreises Aurich zurück. Der Landkreis Aurich habe nicht nachweisen können, dass an dem Deich der Einsatz wolfsabweisender Zaunanlagen nicht möglich oder dem Deichschäfer unzumutbar sei. Die Ausnahmegenehmigung des Landkreises Aurich vom 04.07.2024 ist daher als rechtswidrig anzusehen.	OVG-Beschluss: Wolf an Küste darf nicht geschossen werden NDR.de
29.07.2024	In einer zweiten Entscheidung im Juli 2024 hat der EuGH erneut das Thema „Wolf“ behandelt und festgestellt, dass zu einer rechtssicheren Bejagung neben der Absenkung des Schutzstatus auch eine Überarbeitung der FFH Richtlinie notwendig wäre. Erneut wurde betont: Unter den bestehenden Gegebenheiten ist kein regionales Bestandsmanagement möglich.	EuGH: Keine regionale Wolfsjagd bei insgesamt ungünstigem Erhaltungszustand (yahoo.com) CURIA - Dokumente (europa.eu)
15.08.2024	In den Haushalten 2025 und 2026 möchte das Land Niedersachsen die Mittel zum Herdenschutz erneut aufstocken und auf 8,9 Millionen im Jahr erhöhen. Weiterhin sollen die Entschädigungszahlungen pauschaliert werden und damit unbürokratischer ausgezahlt werden können.	Wolfsrisse: Niedersachsen will Tierhalter besser unterstützen NDR.de - Nachrichten - Niedersachsen
06.09.2024	Das Obergerverwaltungsgericht bestätigt die Entscheidung des VG Stade vom 27.06.2024 zur Entnahme eines Wolfes bei Rissen auf einem Deich. Der Landkreis Stade habe nicht hinreichend nachgewiesen, dass die Voraussetzungen für eine letale Entnahme der Wölfin im Interesse des Deichschutzes gegeben seien.	Beschwerde gegen die gerichtliche Untersagung des Abschusses einer Wölfin in Jork erfolglos Nds. Obergerverwaltungsgericht
25.09.2024	Der Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten (AStV) in der EU hat sich mehrheitlich dafür entschieden, einen Antrag der EU-Kommission zur Herabstufung des Schutzstatus des Wolfs in die nächste Sitzung der Berner Konvention (BK) am 02.12.2024 ⁷ einzubringen. Ziel des Antrags der Kommission ist eine Umlistung des Wolfs von Anhang 2 (streng geschützt) in Anhang 3 (geschützt) der Berner Konvention. Gibt es dort eine Mehrheit für diesen Antrag, kann die EU-Kommission einen Vorschlag zur Änderung des Schutzstatus des Wolfs im EU-Recht vorlegen. Dieser Vorschlag braucht nochmals eine Mehrheit unter den EU-Staaten und eine Mehrheit im Europaparlament. Darauf folgend wäre dann im letzten Schritt eine Anpassung des Bundesnaturschutzgesetzes.	BMUV: Bundesumweltministerin Lemke zu Schutzstatus Wolf in Berner Konvention Meldung

22.10.2024	Als Reaktion auf die Urteile aus Oldenburg und Stade, sollen die Deiche im Landkreis Aurich mit mobilen Schutzzäunen ausgestattet werden. Ein entsprechender Förderantrag über die Kosten von knapp 100.000 Euro soll an das Land gestellt werden. Das Oberverwaltungsgericht hatte die Entnahme auch versagt, weil alternative Maßnahmen, wie beispielsweise mobile Schutzzäune, nicht geprüft wurden.	Wolfsangriffe im Landkreis Aurich: Deichacht beantragt mobile Zäune zum Schutz von Schafen
28.10.2024	Ein im Mai aufgefundenener Wolf ist wohlmöglich illegal getötet worden. Der Wolfskadaver wurde von der unteren Naturschutzbehörde zu weiteren Untersuchungen nach Berlin zum Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung gebracht worden.	Tote Wölfe in Niedersachsen (ab 2024) Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz
28.10.2024	Eine vom Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung (Leibniz-IZW) Berlin durchgeführte Studie ergab, dass in Deutschland die jährliche Überlebenswahrscheinlichkeit bei jungen Wölfen in den zwei Jahrzehnten der Wiederbesiedlung im Mittel bei 75 Prozent lag, bei erwachsenen Tieren waren es sogar 88 Prozent. Damit sei die Überlebensrate so hoch wie sonst nirgends auf der Welt.	Warum aus den ersten deutschen Wölfen rasch viele wurden Habitat and density effects on the demography of an expanding wolf population in Central Europe - Planillo - Wildlife Biology - Wiley Online Library
14.11.2024	Der Landkreis Leer erteilt eine Ausnahmegenehmigung für den Abschuss eines Wolfes in der Gemeinde Jemgum. Gegen den Bescheid wurde unverzüglich ein Eilantrag durch die Gesellschaft zum Schutz der Wölfe e.V. gestellt.	Wolf: Landkreis Leer erteilt Ausnahmegenehmigung für Abschuss
18.11.2024	Das Verwaltungsgericht folgt der ständigen Rechtsprechung der letzten Monate und gibt dem Eilantrag recht. Erneut wurde betont, dass das Schnellabschussverfahren nicht den europarechtlichen Vorgaben genügt.	VG Oldenburg gibt Eilantrag gegen Ausnahmegenehmigung für die Entnahme eines Wolfes im Landkreis Leer statt Verwaltungsgericht Oldenburg
20.11.2024	Der Landkreis Leer verzichtet auf eine Beschwerde vor dem Nds. Oberverwaltungsgericht.	Kreis Leer: Keine Beschwerde gegen gestoppten Wolfs-Abschuss - Ostfriesen-Zeitung
03.12.2024	Die Unterzeichnerländer der sogenannten Berner Konvention haben den Schutzstatus des Wolfs herabgesetzt und damit die Voraussetzung für einen schnelleren Abschuss geschaffen. Die konkreten Änderungen der Gesetze auf EU Ebene müssen nun von der Europäischen Kommission vorbereitet und danach vom Parlament beschlossen werden. Das Land Niedersachsen begrüßt die Entscheidung.	Schnellerer Abschuss: Berner Konvention senkt Schutzstatus von Wölfen ab - n-tv.de Umweltminister Meyer: „EU-Kommission muss jetzt endlich die FFH-Richtlinie für den Wolf ändern“ Nds. Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

22.02.2025	Niedersachsens Umweltminister Meyer plädiert auch nach Rückstufung des Schutzstatus für eine Mindestanzahl von Rudeln in Niedersachsen. Für Niedersachsen liege der "günstige Erhaltungszustand" aus Sicht der Wissenschaft bei 44 Rudeln.	Wölfe: Minister Meyer plädiert für Mindestanzahl an Rudeln NDR.de - Nachrichten - Niedersachsen
07.03.2025	Die Europäische Kommission schlägt eine Änderung der Anhänge der sog. Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie vor. Der Vorschlag der Kommission muss nun vom Europäischen Parlament und vom Rat angenommen werden. Offensichtlich wird ein beschleunigtes Verfahren angestrebt, im Rahmen dessen nur eingeschränkt Änderungen am Kommissionsvorschlag vorgenommen werden können.	EUR-Lex - 2025_58 - DE - EUR-Lex
09.04.2025	Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist folgendes zum Wolf festgehalten: <i>„Wir unterstützen den Herdenschutz und setzen den Vorschlag der EU-Kommission zur Herabstufung des Schutzstatus des Wolfes in der europäischen Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie unverzüglich in nationales Recht um. Mit den notwendigen Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) sorgen wir für eine rechtssichere Entnahme von Wölfen. Wir nehmen den Wolf umgehend ins Jagdrecht auf und erneuern dabei das Bundesjagdgesetz (BJagdG) punktuell.“</i>	Koalitionsvertrag_2025.pdf Dort in den Zeilen 1279 bis 1284
11.04.2025	Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, sich in Brüssel für eine schnelle Anpassung des Schutzstatus in der bestehenden Naturschutz-Richtlinie der Europäischen Union (FFH-Richtlinie) einzusetzen, die derzeit noch das Jagen von Wölfen verbietet. Das Land Niedersachsen stimmte nicht für den Antrag, sondern enthielt sich.	Mögliche Gesetzesänderung: Länder für leichteren Wolfsabschuss NDR.de - Nachrichten - NDR Info
08.05.2025	Eine Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments stimmte im Eilverfahren dafür, den Status der Tiere von "streng geschützt" auf "geschützt" abzusenken. Damit das Gesetz in Kraft treten kann, muss es noch formell vom Rat angenommen werden, der den Text jedoch bereits am 16. April 2025 gebilligt hat.	Wölfe: EU-Parlament stimmt für Änderung des Schutzstatus Aktuelles Europäisches Parlament
17.06.2025	Mit der Veröffentlichung der Richtlinie (EU) 2025/1237 wurde der Schutzstatus des Wolfs offiziell angepasst. Der Wolf ist nun nicht mehr als „streng geschützt“, sondern nur noch als „geschützt“ im Sinne der FFH-Richtlinie eingestuft. Damit ergibt sich für Deutschland die Möglichkeit, unter bestimmten Bedingungen regulierend einzugreifen.	Richtlinie (EU) 2025/1237 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2025 zur Änderung der Richtlinie 92/43/EWG des Rates in Bezug auf den Schutzstatus des Wolfs (Canis lupus)
31.07.2025	In einem vom Bund an die EU verschickten Bericht wird der sogenannte Erhaltungszustand des Wolfes in weiten Teilen Niedersachsens - ausgenommen nur der äußerste Westen und Süden des Landes - zum ersten Mal als "günstig"	BMUKN: Bundesregierung übermittelt nationale Daten zum Erhaltungszustand geschützter Arten und Lebensräume an EU-Kommission Pressemitteilung

	eingeschätzt. Dieser "günstige Erhaltungszustand" wird als eine wichtige Voraussetzung angesehen, um ihn rechtssicherer entnehmen zu können.	
08.09.2025	Weidetierhalter aus Friedeburg fordern in einem offenen Brief die Landesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen.	Wolfsrisse im Landkreis Wittmund: Weidetierhalter fordern Maßnahmen von der Landesregierung
24.09.2025	Die Landwirtschaftsminister aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern fordern in einer Beschlussvorlage, dass der Bund den Wolf ins Bundesjagdrecht aufnehmen soll. Ziel ist ein gemeinsamer Beschluss auf der Agrarministerkonferenz. Die Landwirtschaftsministerin von Niedersachsen, Frau Staudte, hingegen lehnt diesen Beschluss ab und wünscht sich auch im Bundesnaturschutzgesetz Regelungen zum Umgang mit dem Wolf. Darüber hinaus lehnt sie eine pauschale Obergrenze für Wölfe ab. Denn nach Ansicht von Staudte hat der Wolf positive Auswirkungen auf Wildtierbestände, weil er kranke und schwache Tiere reißt.	Wie umgehen mit der Wolfsjagd? Norddeutsche Agrarminister uneins ndr.de
02.10.2025	Der LHV Ostfriesland stellt einen Antrag beim Landkreis Wittmund auf Erteilung einer artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigung zur letalen Entnahme des Wolfes GW3824m.	
17.10.2025	Das NLWKN erteilt eine Genehmigung nach dem Schnellabschussverfahren für das Wolfsrudel Nordholz im Raum Cuxhaven.	Ausnahmegenehmigung für das Vorkommensgebiet des Wolfsrudels Nordholz im Raum Cuxhaven Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz
28.10.2025	Das Verwaltungsgericht Stade lehnt den Antrag einer Naturschutzinitiative aus Rheinland-Pfalz auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes gegen die vom NLWKN erteilte Ausnahmegenehmigung zur zielgerichteten Tötung eines Wolfes ab.	Ausnahmegenehmigung zur Tötung eines Wolfes – Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes bleibt ohne Erfolg Verwaltungsgericht Stade
29.10.2025	Das OVG Lüneburg weist per Beschluss die Beschwerde gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stade zurück. Die Ausnahmegenehmigung bleibt damit vollziehbar.	Ausnahmegenehmigung zur Tötung eines Wolfes im Landkreis Cuxhaven bleibt vollziehbar Nds. Oberverwaltungsgericht
13.11.2025	Niedersachsen ist erstmals das Bundesland mit den meisten nachgewiesenen Wolfsrudeln. Zum Ende des Monitoring-Jahres 2024/25 wurden im Land 63 sogenannte Wolfsterritorien nachgewiesen.	In Niedersachsen leben erstmals bundesweit die meisten Wölfe ndr.de
24.11.2025	Der Landkreis Wittmund startet nach einem aktuellen Rissgeschehen das Verfahren für einen sogenannten Schnellabschuss.	

26.11.2025	Das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) hat den kommunalen Spitzenverbänden ersten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesjagdgesetzes und zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes übermittelt. Aufgrund der sehr kurzen Frist ist mit einer kurzfristigen Änderung zu rechnen.	BMLEH - Pressemitteilungen - Wolf im Bundesjagdgesetz: Umfassendes Paket zum Schutz von Weidetieren
27.11.2025	Der Landkreis Wittmund erteilt nach erneutem Wolfsriss in Friedeburg die Ausnahmegenehmigung für einen Schnellabschuss. Die Ausnahmegenehmigung gilt 21 Tage ab Rissgeschehen in einem Umkreis von 1000 Metern um die betroffene Weide herum.	Landkreis erteilt nach erneutem Wolfsriss in Friedeburg die Ausnahmegenehmigung für einen Schnellabschuss / Landkreis Wittmund
28.11.2025	Gegen den Bescheid wird Widerspruch erhoben. Da der Widerspruch keine aufschiebende Wirkung besitzt, bleibt die Ausnahmegenehmigung vollziehbar.	
01.12.2025	Gegen die Ausnahmegenehmigung wird beim Verwaltungsgericht Oldenburg ein Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gestellt. Auf Hinweis des Verwaltungsgerichtes wird die Anordnung für die Dauer des Verfahrens außer Vollzug gesetzt.	Wolfsabschuss im Kreis Wittmund: Vorerst kein Schnellabschuss in Friedeburg – Jäger angefeindet
09.12.2025	Das Verwaltungsgericht Oldenburg gibt dem Eilantrag gegen die Ausnahmegenehmigung für die Entnahme eines Wolfes im Landkreis Wittmund statt. Der Landkreis Wittmund legt dagegen Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht ein.	VG Oldenburg gibt Eilantrag gegen Ausnahmegenehmigung für die Entnahme eines Wolfes im Landkreis Wittmund statt Verwaltungsgericht Oldenburg
12.12.2025	Die Beschwerde des Landkreises gegen die Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Oldenburg betreffend die Entnahme eines Wolfes im Landkreis Wittmund bleibt erfolglos, sodass der Bescheid abschließend als rechtswidrig anzusehen ist.	Beschwerde gegen die Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Oldenburg betreffend die Entnahme eines Wolfes im Landkreis Wittmund erfolglos Nds. Oberverwaltungsgericht
17.12.2025	Das Bundeskabinett beschließt die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht und bringt einen entsprechenden Gesetzesentwurf in das Parlament ein.	Bundesregierung für einfacheren Abschuss von Wölfen tagesschau.de
27.12.2025	Bereits im Vorfeld der Beschlussfassung durch den Bund, wird auf Landesebene über die Umsetzung der Änderungen kontrovers diskutiert. Während der Ministerpräsident das Bundesgesetz voll ausnutzen möchte, treten das Landwirtschafts- und Umweltministerium auf die Bremse.	Wolfszahlen begrenzen oder nicht? In Niedersachsen droht Ärger ndr.de
14.01.2026	Das erste Treffen des Dialogforums „Wolf“ hat stattgefunden. Dabei wurde die Umsetzung der bundesgesetzlichen Regelungen auf Landesebene kontrovers diskutiert.	"Dialogforum Wolf": Keine konkreten Ergebnisse, aber ein Arbeitskreis ndr.de
03.03.2026	Im Landkreis Cuxhaven wurde nach dem Riss von 20 Schafen eine Ausnahmegenehmigung erteilt und vollzogen.	Wölfin in Cuxhaven erschossen: Landkreis setzt Genehmigung um

05.03.2026	Der Deutsche Bundestag beschließt den von Bundeslandwirtschaftsministerium vorgelegten Gesetzentwurf zur Aufnahme des Wolfes in das Bundesjagdgesetz (BJagdG).	BMLEH - Pressemitteilungen - Bundestag beschließt Aufnahme des Wolfs in das Bundesjagdgesetz
27.03.2026	Nach dem Bundestag stimmt auch der Bundesrat für den Gesetzesentwurf und für die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht.	Bundesrat macht Jagd auf Wölfe unter strengen Bedingungen möglich tagesschau.de
30.03.2026	Erstmals nach Rückkehr des Wolfes kommt es zu einem Angriff auf einen Menschen. In der Innenstadt Hamburgs wurde eine Frau angefallen und verletzt.	Wolf beißt Frau in Altona - Polizei fängt ihn am Jungfernstieg ein ndr.de
02.04.2026	Nachdem Bundestag und Bundesrat zugestimmt hatten, treten die gesetzlichen Regelungen am 2. April 2026 in Kraft.	Wolf ins Bundesjagdgesetz aufgenommen Bundesregierung
08.05.2026	In zwei Nächten sind im Landkreis Grafschaft Bentheim rund 60 Schafe getötet und mehr als 100 weitere verletzt worden. Als Reaktion darauf hat der Landkreis zwei Wölfe zum Abschuss freigegeben.	Größter Angriff in Niedersachsen: Wölfe in Füchtenfeld sollen geschossen werden ndr.de
27.05.2026	Nach einem Riss im Landkreis Wittmund am 23.05.2026 wurde per Verfügung der Jagdbehörde ein Wolf zum Abschuss freigegeben. Damit konnte dem Antrag des LHV vom 02.10.2025 entsprochen werden.	
27.05.2026	Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte stellt die ersten Inhalte des Nds. Management-Planes vor, der im Dialogforum „Wolf“ erarbeitet wurde. Der Management-Plan wird nun innerhalb der Landesregierung abgestimmt und soll auf Grundlage eines Kabinettsbeschlusses dann nach Änderung des niedersächsischen Jagdgesetzes zum 1. Juli bekanntgegeben werden.	Schonzeit endet: "Problemwölfe" sollen bald geschossen werden dürfen ndr.de
02.06.2026	Die Landräte der Landkreise Cuxhaven, Stade und Harburg fordern das Landwirtschaftsministerium auf, Deiche als "wolfsfreie Zonen" auszuweisen. Eine gleichlautende Forderung gibt es vom Landkreis Wittmund bereits seit Jahren. Das Land Niedersachsen lehnt die Ausweisung einer solchen Zone jedoch weiterhin ab, obwohl die bundesgesetzlichen Voraussetzungen ausdrücklich vorliegen.	Schafe für Hochwasserschutz: Landräte fordern "wolfsfreie Deichzonen" ndr.de
19.06.2026	Nach einem Riss im Landkreis Wittmund am 13.06.2026 wurde per Verfügung der Jagdbehörde ein Wolf zum Abschuss freigegeben. Die Jagd ist bis zum 25.07.2026 möglich.	
23.06.2026	Der Niedersächsische Landtag beschließt die Änderung des niedersächsischen Jagdgesetzes. Künftig sind für den Wolf nicht mehr die Jagdbehörden der Landkreise zuständig, sondern die obere Jagdbehörde im Landwirtschaftsministerium.	Ministerin Staudte: „Mehr Tierschutz, weniger Bürokratie und rechtliche Grundlage für ein Wolfsmanagement, das den Herdenschutz stärken wird“ Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

01.07.2026	Der vom Land Niedersachsen entwickelte Managementplan tritt in Kraft und bestimmt die Rahmenbedingungen für die Entnahme von Wölfen.	Neues Jagdgesetz: Der Wolf kann jetzt leichter geschossen werden ndr.de
-------------------	--	---

Risse im Jahr 2026 in Ostfriesland / Friesland (Quelle: Umweltkarten Niedersachsen)

Datum	Landkreis	Tierart	Tote Tiere	Verletzte Tiere	Schadensverursacher	Mindestschutz gemäß Richtlinie Wolf
13.06.2026	Wittmund (Niedersachsen)	Rind	1		Wolf	Grundschutz nicht erforderlich
24.05.2026	Leer (Niedersachsen)	Schaf	4	1	Wolf	Nein
23.05.2026	Wittmund (Niedersachsen)	Rind	1		Wolf	Grundschutz nicht erforderlich
22.05.2026	Aurich (Niedersachsen)	Rind	3		Wolf	Grundschutz nicht erforderlich
18.05.2026	Friesland (Niedersachsen)	Schaf	7	7	Wolf	Nein
18.05.2026	Friesland (Niedersachsen)	Rind		1	Wolf	Grundschutz nicht erforderlich
07.05.2026	Friesland (Niedersachsen)	Schaf	2		Wolf	Nein
		Gesamt:	18	9		